Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes
Donnerstag: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage

Nr. 73 — Donnerstag, den 19. Juni — 1930

Preußische Aenderungsvorschläge zum Notopfer.

Berlin. In maßgebenden politischen Kreisen werden im Anschluß an die ablehnenden Erklärungen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten jetzt Aenderungsvorschläge zum Deckungsprogramm erwogen, über die folgendes verlautet:

Auf Anregungen, die aus den Kreisen des preußischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangetragen worden sind, soll das neue Deckungsprogramm jetzt dahin gestaltet werden, daß für die Angestellten

die bisherige Freigrenze bei der Arbeitslosenversicherung von 8400 Mark Jahreseinkommen aufgehoben

wird. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Einkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Erwerbslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitgebern der Angestellten künftig 2¼ v. H. des Bruttoeinkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2¼ v. H. entrichtet werden. Aehnlich sollen

die Leistungen der Beamten

bemessen werden, nur daß hier lediglich sie selbst 2¼ v. H. ihres Einkommens zugunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugeführt werden, die man über den außergewöhnlichen Notstand dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig saniert worden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder beseitigt werden. In den nächsten Tagen werden über diese Pläne mit den Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien eingehende Verhandlungen gepflogen werden.

Die Ledigensteuer soll auf mindestens 2 Prozent, wenn nicht auf 3 Prozent erhöht werden. Der übrige Teil der Einnahmen zur Deckung des Defizits soll durch Streichungen im Etat erreicht werden.

Dr. Oberfohren zum Deckungsprogramm der Reichsregierung.

Dresden. In einer Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei führte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, u. a. aus, ein solcher Entrüstungssturm, wie wir ihn jetzt gegenüber den neuen Forderungen der Regierung Brüning-Moldenhauer erlebten, sei seit der Revolution noch nicht dagewesen. Den Kern jeder Steuergesetzgebung müsse Gerechtigkeit bilden. Im Moldenhauerschen Programm aber handle es sich um den brutalen Versuch, ohne jede Rücksichtnahme auf die soziale und familiäre Lage vom Bruttoeinkommen vier Prozent zu nehmen. Dr. Oberfohren betonte, daß die Frist, die die deutschnationalen der Regierung bis zum Herbst hätten gewähren wollen, viel zu lange bemessen gewesen sei. Ein Eintritt in die Reichsregierung käme für die Deutschnationalen nur in Betracht, wenn zugleich eine Aenderung in der preußischen Regierung im deutschnationalen Sinne erzielt werden könne.

Scheitern der Lohn- und Preissenkungsaktion?

Die Verhandlungen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die gemeinsame Aktion für die Lohnsenkung und Preissenkung geführt wurden, sind auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß man mit dem Scheitern dieser Verhandlungen rechnet.

Die Beisetzung v. Baligands in München.

München. Der deutsche Gesandte in Lissabon, von Baligand, der durch Mörderhand ums Leben gekommen ist, wurde am Dienstag vormittag auf dem Südfriedhof in München beigesetzt. Unter den Trauergästen sah man u. a. den portugiesischen Gesandten in Berlin, den Reichsaußenminister Dr. Curtius, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Schubert, den bayerischen Ministerpräsidenten Held und den Reichsgesandten von Daniels.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

widmete dann von Baligand einen herzlichen Nachruf. Er sprach namens des Reichspräsidenten der Trauer ganz Deutschlands um den Dahingeschiedenen Ausdruck und hob die Verdienste von Baligands hervor, den auch die portugiesische Regierung hochgeachtet habe. Im Namen des Reichspräsidenten danke er von Baligand für alles, was er dem Vaterlande geleistet habe. Im Auftrage des Reichspräsidenten legte dann Reichsaußenminister Dr. Curtius einen Kranz mit roten Rosen am Grabe nieder. Nachdem Staatssekretär Dr. Schiffer für die Beamten des Auswärtigen Amts gesprochen hatte, widmete der portugiesische Gesandte in Berlin dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Er rühmte im Auftrag seiner Regierung die Treue und Freundschaft Baligands, die ihm die portugiesische Regierung erwidert habe.

Spionage eines Reichswehr-Obermusikmeisters.

Der Spion und seine Frau in Minden verhaftet. — Spionage in französischem und belgischem Auftrage.

Das Reichswehrministerium und der Oberreichsanwalt sind zur Zeit mit der Untersuchung einer Spionageaffäre beschäftigt, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Am Sonntagabend wurde auf dem Hauptbahnhof in Minden in Westfalen der Obermusikmeister vom 6. Artillerie-Regiment Paul Adam zusammen mit seiner Ehefrau verhaftet, als sie von einer Reise aus französischem Gebiet nach Minden heimkehrten. Adam und seine Frau stehen nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums unter dem dringenden Tatverdacht, wichtige militärische Geheimnisse Deutschlands an französische Behörden verraten und dafür im Solde Frankreichs gestanden zu haben. Sie wurden nach ihrer Verhaftung zunächst in das Mindener Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, wo ihre erste Vernehmung bereits stattgefunden hat. Alle Einzelheiten des Spionagefalles werden von den zuständigen Behörden im Interesse der weiteren Untersuchung noch geheimgehalten.

Der Polizei gegenüber war schon vor längerer Zeit der Verdacht geäußert worden, daß Adam besondere Beziehungen zu französischen und belgischen Stellen unterhalten müsse. Das Reichswehrministerium, das von diesem Verdacht unterrichtet wurde, ließ das Ehepaar nun unausgesetzt durch Spezialbeamte beobachten. Adam ist ein alter Soldat. Er diente vor dem Kriege und während des Feldzuges bei dem Feld-Artillerie-Regiment 3 in Brandenburg a. H. Dann wurde er von der Reichswehr übernommen und im Jahre 1921 als Musikmeister zum Reichswehr-Feldartillerie-Regiment 6 nach Minden versetzt, wo er schließlich Obermusikmeister bei der zweiten Abteilung dieses Regiments wurde. Es ist im Regiment seit langem aufgefallen, daß die Familie Adam weit über ihre Verhältnisse lebte. Frau A., die jedenfalls treibende Kraft bei den Verfehlungen gewesen ist, wußte sich immer sehr geschickt auszureden und behauptete, eine große Erbschaft gemacht zu haben. Es scheint, als wenn auch in Berlin Personen sitzen, die mit Frau Adam zusammen gearbeitet haben.

Frau Adam, die aus Lothringen stammt, erklärte immer — um ihre häufigen Reisen nach Frankreich zu motivieren — sie wolle Verwandte in der alten Heimat besuchen.

Es haben sich starke Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Frau, der von ihrem Mann militärische und besonders artilleristische Tatsachen mitgeteilt wurden, dieses Wissen für Geld in Frankreich an den Mann gebracht hat.

Bei der letzten Reise der Eheleute nach Lothringen wurden sie nun unauffällig von Kriminalbeamten beobachtet. Die Feststellungen, die die Beamten unterwegs machten, waren so schwerwiegend, daß sie die Mindener Polizei veranlaßten, das Ehepaar beim Wiedereintreffen in Minden zu verhaften.

Das Reichswehrministerium prüft zur Zeit die Mitteilungen, die bisher von den Untersuchungsbehörden in Minden über den Spionagefall des Obermusikmeisters Adam eingegangen sind.

Man hält im Reichswehrministerium den Spionagefall für außerordentlich ernst

und ist der Ansicht, daß man einer umfangreichen Spionageorganisation auf die Spur gekommen ist. Alle näheren Einzelheiten werden aber verweigert, weil nach § 11 des Gesetzes über den Landesverrat sich derjenige, der amtliche Nachrichten über das Ergebnis einer Untersuchung weitergibt, strafbar macht. Es ist möglich, daß noch weitere Verhaftungen vorgenommen werden.

Erregte Aussprache über den Konflikt Reich—Thüringen.

Deutscher Reichstag.

177. Sitzung, Dienstag, 17. Juni.

Im Reichstag kam es am Dienstag bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. von Kardorff (D. Vp.) und den Nationalsozialisten. Einleitend war der Abg. von Kardorff dafür eingetreten, die Abiturientenprüfung zu erschweren und den Zugang zur Universität von einer besonderen Aufnahmeprüfung abhängig zu machen, um zu verhindern, daß sich das akademische Proletariat in ähnlicher Weise wie bisher weiter vermehre. Als der Redner dann auf die Vorgänge in Thüringen und auf den Konflikt zwischen Thüringen und dem Reichsinnenministerium zu sprechen kam und dabei bedauerte, daß seine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft in Thüringen wären, rief der Nationalsozialist Stöhr: „Treten Sie doch aus! Sie können ja auflösen." Abg. von Kardorff erklärte: Die Deutsche Volkspartei sei mit dem Vorgehen des Reichsinnenministers Dr. Wirth durchaus einverstanden. Bei den nunmehr folgenden Worten: „Nationalsozialisten gehören ihrer ganzen politischen Einstellung nach nicht in führende Beamtenstellen", erhob sich

großer Lärm auf den Bänken der äußersten Rechten.

Abg. Stöhr rief dem Redner zu: „Das ist eine Unverschämtheit! Wir sind jetzt vogelfrei!" Dr. Frick (Natsoz.) entgegnete: „Das werden wir Ihnen in Sachsen heimzahlen!" Abg. Stöhr wurde wegen des Zwischenrufes: „Das ist zum Kotzen!" vom Präsidenten Löbe aus dem Saal gewiesen. — Das Stahlhelmverbot im Westen wollte Dr. Kardorff aufgehoben wissen, dagegen trat er für die Uniformverbote und für die Durchführung des Waffenverbots ein. Das Notopfer lehne die Deutsche Volkspartei ab. An anderen Lösungen werde sie positiv mitarbeiten.

Abg. Drewitz (W. P.) warf den Mittelparteien vor, daß sie der Wirtschaftspartei stets die Mitarbeit erschwert hätten. Die Beamtenbesoldungsreform vom Jahre 1927 ließe sich nicht mehr aufrechterhalten. Dann beschäftigte sich Abg. Drewitz mit den bekannten Anträgen seiner Partei auf Heraufsetzung des Wahlalters und meinte, daß sich die Nationalsozialisten ihre Wähler mit der Laterne suchen könnten, wenn das Wahlalter 24 Jahre beträge. Bei einer Heraufsetzung des Wahlalters würde sich die Zahl der Mandate im Reichstag verringern. Die Reichsreform werde unter dem Druck der wirtschaftlichen Not von allein kommen. Zum Schluß verlangte der Redner eine energische Ausgabensenkung und forderte vor allem eine Aenderung des Besoldungsgesetzes. — D. Mumm (Nat. A. G.) bedauerte die Zuspitzung des Konflikts mit Thüringen und erklärte, daß ein Teil der Schulgebete nicht zu beanstanden sei, daß sich andere Gebete aber nicht mit dem Geist der christlichen Religion vereinbaren ließen.

D. Mumm sprach anschließend über das Schulgesetz, über den Geburtenrückgang, über den Schutz kinderreicher Familien bei der Auferlegung der Steuern und verlangte schließlich die Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland und Westfalen.

Abg. Leicht (Bayr. Vpt.) bittet den Minister, sich nicht durch Parlamentsreden zu einem überstürzten Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konflikts mit Thüringen stimmt der Redner den Ausführungen des Abg. v. Kardorff zu. In das Gebet dürfe man nicht die Verurteilung ganzer Volksgruppen einflechten. Das Uniformverbot müsse allgemein durchgeführt werden. — Abg. Dr. Külz (Dem.) stimmt der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Gebete mit politischer Tendenz seien vom religiösen Standpunkt das Widerlichste, was es geben könne. Für die Reichsreform hielten die Demokraten nach wie vor an der Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest.

Als nunmehr

Dr. Frick (Natsoz.), der thüringische Innenminister,

das Podium betrat, um als Abgeordneter seiner Partei zu sprechen, füllte sich der Plenarsal rasch. Der Kommunist Deutling rief: „Jetzt spricht der Minister der Mörderparteil" Er wurde dafür zur Ordnung gerufen. Dr. Frick führte aus, daß der Streit zwischen Thüringen und dem Reich geradezu groteske Formen angenommen habe. Wenn Thüringen dem Reichsinnenminister wegen der Sperung der Polizeizuschüsse antworten wolle, müsse es seinen Finanzkassen untersagen, Gelder an das Reich abzuführen. Der Brief Severings an das thüringische Kabinett sei ein unzulässiger Eingriff in die landesherrlichen Rechte gewesen.

★

Der Reichstag wird nach den Beschlüssen des Aeltestenrates morgen die Besprechung des Haushalts des Reichsinnenministeriums beenden. Der Donnerstag soll wegen des Fronleichnamsfestes sitzungsfrei bleiben. Am Freitag wird der Etat für das besetzte Gebiet, am Sonnabend das Amnestiegesetz beraten werden. Am Montag und Dienstag werden die Besprechungen über den Etat des Ernährungsministeriums folgen. Mit diesem Etat soll das Gesetz über die Osthilfe verbunden werden.

Der Kampf um Loeskes Millionen entschieden

Berlin. In dem Erbschaftsprozeß um die Millionenhinterlassenschaft des Berliner Kunsthändlers Albert Loeske wurde vor dem Landgericht I das Urteil verkündet. In diesem Prozeß hatten 88 Verwandte des Verstorbenen gegen die beiden von Loeske eingesetzten Erben geklagt und die Ungültigkeitserklärung des Testamentes verlangt. Das Urteil lautete dahin, daß

die Klage abgewiesen wird.

Gegen Hinterlegung von 4000 Mark Kosten wird das Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt. — Als wesentlicher Urteilsgrund wurde angegeben, daß die Klage der Verwandten Loeskes in der Hauptsache aus sachlichen Gründen abgewiesen werden mußte, weil nämlich die Hauptforderung, das Testament für unecht zu erklären, nicht erfolgen konnte, vielmehr der Prozeß den Beweis erbracht habe, daß das Testament von Loeske geschrieben und auch in vorschriftsmäßiger Form abgefaßt worden sei. Das sei die Kernfrage des Prozesses gewesen. Die Beweislast hierüber habe den Beklagten obgelegen, und es sei den drei Beklagten auch tatsächlich gelungen, dem Gericht die Ueberzeugung von der Echtheit des Testaments beizubringen.

Abgeordneter Nientimp aus der Zentrumsfraktion ausgetreten.

Der Abgeordnete Nientimp hat in einem Brief dem Zentrum seinen Austritt aus der Zentrumsfraktion des Reichstages mitgeteilt.

Veränderung des Brotgesetzes.

Reichsernährungsminister Schiele hat mit den Vertretern der Regierungsparteien Fühlung genommen. Es handelt sich um eine Veränderung des Brotgesetzes, und zwar soll bestimmt werden, daß dem Weizen eine bestimmte Menge Roggen im Interesse des Roggenverbrauchs beigemahlen wird.

Das Lebensrecht der kleinen und mittleren Städte.

Die Tagung des Reichsstädtebundes.

Leipzig. Die Tagung des Reichsstädtebundes in Leipzig wurde durch einen vom Rat der Stadt Leipzig den Teilnehmern gewährten Empfang eingeleitet. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler begrüßte die Teilnehmer und bekannte sich als überzeugter Freund und darum hilfsbereiter Förderer der Selbstverwaltung der mittleren und kleineren Städte Deutschlands. — Oberbürgermeister Dr. Belian-Eilenburg dankte als Vorsitzender des Reichsstädtebundes für den Empfang. Er führte dann u. a. aus: Die kleinen und mittleren Städte hoffen zuversichtlich, daß auch die jetzigen Regierungen und Parlamente ihnen durch Berücksichtigung der Wünsche, die sie zur Verwaltungsreform vorzutragen haben, einen Beweis des Vertrauens geben und vor allem jede Minderung der bisherigen städtischen Rechtsstellung ablehnen werden. Es ist uns ein Herzensbedürfnis, unseren Schwesterstädten aus dem bisher besetzten Gebiet die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrer Befreiung zu übermitteln.

Der preußische Minister des Innern, Prof. Dr. Waentig,

führte namens der preußischen Regierung etwa aus: „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist außerordentlich ernst, und mit der bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft steht im engen Zusammenhang auch die Notlage unserer Selbstverwaltung. Mancherlei Vorwürfe werden gegen die Selbstverwaltung erhoben. Ich habe jedoch den Eindruck, daß dabei allzuleicht vergessen wird, wie auch die großen Schwierigkeiten der kommunalen Verwaltungsgebilde letzten Endes auf die Reich, Staat und Gemeinden gleichmäßig bedrückende Last zurückzuführen sind, die als Folge des Kriegsausganges zu betrachten ist. Jedenfalls haben wir alle gemeinsam darüber zu wachen, daß in dieser Zeit der Krisis nicht Dinge geschehen, die ein kommunales Eigenleben gefährden könnten. Die Gestaltung des künftigen Finanzausgleichs ist für die Ihnen angeschlossenen Städte von außerordentlicher Bedeutung. Seien Sie versichert, daß ich für mein Teil alles tun werde, um zu erreichen, daß Ihre berechtigten Forderungen beim kommenden Finanzausgleich erfüllt werden. Im Rahmen der Sparsamkeit muß das Ziel des Finanzausgleichs sein, den mittleren und kleineren Städten genau so wie den größeren Körperschaften der kommunalen Gemeinschaft ein Eigenleben zu sichern, das die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der in ihnen lebenden Bevölkerung gewährleistet.

Der geschäftsführende Präsident, Dr. Haekel, sprach zum Thema: „Reform des Selbstverwaltungsgesetzes": Die einheitliche Einführung des Einkörpersystems sei empfehlenswert, da der in früherer Zeit bewährte Magistrat infolge der Wahl nach politischen Mehrheiten in den meisten Städten nur ein Spiegelbild der Stadtverordnetenversammlung geworden sei. Der Vorsitz des Bürgermeisters in der Stadtvertretung sichere eine organische Verbundenheit zwischen Stadtvertretung und Stadtverwaltung. Die Staatsaufsicht dürfe sich lediglich auf die Ueberwachung der Gesetzmäßigkeit beschränken. Mit besonderem Nachdruck lehnte der Redner für Preußen den Gedanken einer Uebertragung der Staatsaufsicht über die Städte unter 10 000 Einwohner auf den Landrat ab. Eine Reichsfinanzkontrolle des gemeindlichen Kassen- und Rechnungswesens sei als zu kostspielig und unzweckmäßig abzulehnen. Bei der Eingemeindung sei die Einschaltung eines unabhängigen Staatsausschusses erforderlich.

Hierauf ergriff Ministerialdirektor Dr. v. Leyden-Berlin das Wort zu seinem Vortrag über „Der künftige Finanz- und Lastenausgleich". Er betonte, für 1929 werde allein der

Ausgabenbedarf für die Wohlfahrtserwerbslosen rund 100 Millionen

betragen. Wie hoch er in diesem Jahr steigen werde, sei noch nicht zu übersehen. Eine Regelung auch dieses Teils der finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit sei unbedingte Voraussetzung jedes Finanz- und Lastenausgleichs, sei es durch Uebernahme der Last auf das Reich, sei es durch eine ausreichende Dotierung der jetzigen Träger.

13 deutsch-russische Beschwerdepunkte.

Moskau. Am Montag abend fand die erste Sitzung der deutsch-russischen Schlichtungskommission statt. Der Vorsitzende der russischen Abordnung, Stamoniakow, hielt eine Ansprache, in der er die Hoffnung äußerte, daß es der deutsch-russischen Zusammenarbeit gelingen möge, sämtliche Fragen zu regeln und zu einer Einigung zu kommen. Von russischer Seite wurden der deutschen Abordnung dreizehn Beschwerden überreicht, etwa die gleiche Anzahl Beschwerden wurden von deutscher Seite unterbreitet. Die Führung der Verhandlungen liegt vorläufig in den Händen Stamoniakows.

Das sächsische Ministerium gegen das Notopfer.

Dresden. Das Gesamtministerium hat in seiner Dienstagsitzung beschlossen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrechtlichen Bedenken war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten ein Teil eines auf eSnkung der Preise, der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht irgendwie gewährleistet ist, eine so einseitige und schematische Belastung eines Volksteils nicht am Platze erscheint.

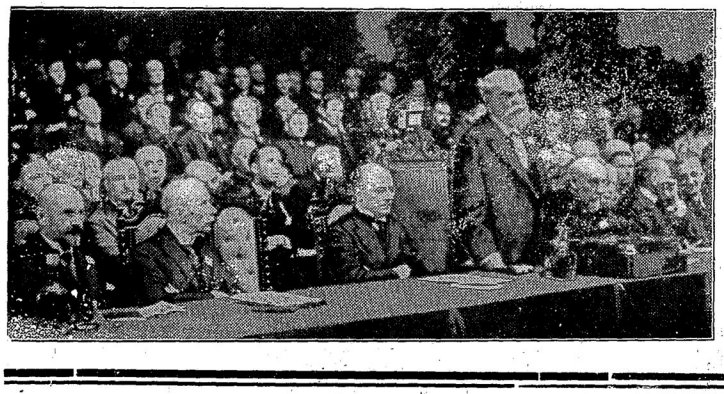
Das 40 Todesopfer in Lübeck.

Lübeck. Durch einen weiteren Todesfall hat sich die Zahl der Todesopfer nunmehr unter den mit Calmette geimpften Säuglingen auf 40 erhöht. Krank sind noch 86, gebessert 48 und gesund 72.

Die Lübecker Bürgerschaft beschäftigte sich in ihrer Montagsitzung zum zweitenmal mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Suspendierung der leitenden Fachärzte Dr. Deycke und Dr. Altstaedt. Nach einer längeren Aussprache wurde dann der sozialdemokratische Antrag angenommen. Nunmehr hat der Senat die Entscheidung zu treffen, ob er, nachdem er den beiden Beamten den einstweiligen Urlaub bewilligte, ihre Suspendierung veranlassen will.

„Graf Zeppelin" auf der Schweizerreise.

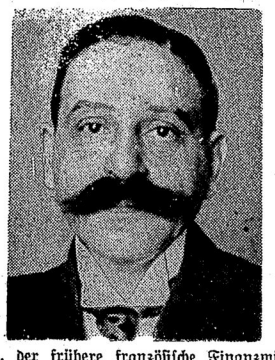
Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist Dienstag vormittag zu einer Schweizerfahrt aufgestiegen. Die Führung hat Kapitän Flemming. An der Fahrt nehmen 50 Passagiere teil.



Von der Weltkraftkonferenz.

Montag vormittag fand in Berlin die feierliche Eröffnung der 2. Weltkraftkonferenz statt. An der Feier nahmen außer den Delegierten der an der Konferenz beteiligten Staaten Vertreter der Reichsregierung, an der Spitze Reichskanzler Dr Brüning, Vertreter der Länder und der Städte, fast das gesamte Diplomatische Korps sowie Vertreter der deutschen Hochschulen und Universitäten teil. — Oskar von Miller (stehend), der Vorsitzende der Weltkraftkonferenz, bei seiner Begrüßungsansprache. Links neben ihm Reichskanzler Dr. Brüning.

Zum Tode des Deutschenhassers, Minister Kloß.



Lucien Kloß, der frühere französische Finanzminister, der nach dem Kriege das Wort prägte „Deutschland wird alles bezahlen", ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Kloß hatte im vorigen Jahr im Mittelpunkt einer Skandalaffäre und erhielt damals mehrere Monate Gefängnis wegen Wechselfälschungen.

Die Wirtschaftspartei über die politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Der Abg. Drewitz hat an den Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er sich ausführlich über die Stellung der Wirtschaftspartei zu den zu lösenden politischen und wirtschaftlichen Fragen ausspricht. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß dem Reichstag das Gesamtprogramm über die Osthilfe, über die Arbeitsbeschaffung, die Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge und das Krankenkassenwesen ebensowenig vorliegt wie die Deckungsvorschläge für das neue Defizit. Trotzdem wolle die Wirtschaftspartei schon vorher zu diesen Fragen kurz Stellung nehmen.

Sie könne einer Erhöhung der Ausgaben nur zustimmen, wenn andererseits eine Herabsetzung der Ausgaben gegenüber dem von der Regierung Hermann Müller vorgelegten Reichshaushaltsplan durchgeführt werde. Wenn Zuschüsse an die Erwerbslosenversicherung bereitgestellt werden müßten, so könne das neben einer Einschränkung der Leistungen durch grundlegende Reformen der Arbeitslosenversicherung durch Abstriche an anderen Stellen des Etats geschehen. Möglich sei eine Reduzierung der Planstellen, eine Neuregelung der Bezüge der Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden, eine Beschneidung der Sachausgaben in allen Ministerien. Durch prozentuale Abstriche im Gesamtetat müsse eine wirkliche Ausgabensenkung erreicht werden.

Die Wirtschaftspartei werde deshalb erneut einen Antrag auf prozentuale Senkung um 5 Prozent der Gesamtausgaben einbringen.

Das Kabinett solle die Quoten für die einzelnen Ministerien bestimmen. Von der Stellungnahme der Regierung und der Regierungsparteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Reduzierung der Beiträge zur Krankenkasse die gesamten Soziallasten nicht erhöht würden. Eine Belastung der Angestelltenschaft nach dem Moldenhauerschen Vorschlag wäre außerordentlich bedenklich. Dagegen sei eine Aenderung der Besoldungsordnung möglich, wobei Familien- und Kinderzulagen aus sozialen Gründen unangetastet bleiben müßten.

Furchtbare Todesbilanz in Bayern.

Dreizehn Menschen fordert ein Tag.

München. Der Lech, in dessen Fluten am Sonntag sieben Kinder verunglückten, hat abermals zwei weitere Kinder als Todesopfer gefordert. Insgesamt haben sich am Montag beim Baden in Bayern acht tödliche Unfälle ereignet. Dazu kommen noch zwei Personen, die bei einem Gewitter vom Blitz erschlagen wurden. Ferner wurde in der Nähe von Linder ein Zweiundzwanzigjähriger vom D-Zug überfahren. Die Schuld trifft den Toten, der eigenmächtig die geschlossene Schranke geöffnet hatte. In der Nähe des Dorfes Reichelsdorf wurde ein Knecht mit abgefahrenem Kopf tot aufgefunden. Ein dritter Eisenbahnunfall ereignete sich bei Bilskofen, wo ein 16jähriger Realschüler aus einem fahrenden Personenzug stürzte und gleichzeitig den Tod fand.

Opfer der Liebe.

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin W. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten. (Nachdruck verboten.)

8. Fortsetzung.

Dann kletterte er in ein Abteil zweiter Klasse.

Eine Glocke läutete. Ein langgezogener, gellender Pfiff, der wie der Angstschrei eines gequälten Dämons klang, ertönte. Zischend und fauchend strömte der Wasserdampf aus den geöffneten Ventilen der Lokomotive, die wie unter einer gewaltsamen Anstrengung ächzte.

Jetzt hatte Henning den Wagen erster Klasse erreicht. Und da — da sah er die Gestalt Ellas, in einem leichten Staubmantel am Fenster des Abteils stehen. Sie hatte den Hut bereits abgelegt, ihr schönes, blondes Haar schimmerte wie flüssiges Silber im Lichte der Laterne ihr gerade gegenüber. Auch ihr zartes Gesicht erschien blaß, wie vom Mondlicht übergossen.

Henning grüßte mit erhobener Hand. Er wollte sich auf das Trittbrett des Wagens schwingen, da setzte sich der Zug in Bewegung. —

„Zurückbleiben!" rief der Zugführer.

Aber Ella hatte ihn bemerkt und erkannt. Ihr Antlitz überflammte eine tiefe Glut, in ihren Augen leuchtete es freudig auf. Mit raschem Griff zog sie das Fenster hinunter und beugte sich weit hinaus.

„Auf Wiedersehen! Auf Wiedersehen!" rief sie und winkte mit dem Spitzentaschentuch.

Dann löste sie ein kleines Veilchenbukett, das sie am Gürtel trug, und warf es ihm zu. Er hob es auf und drückte es an die Lippen.

Donnernd rollte der Zug aus der Halle in die schwarze Nacht hinaus.

Kapitel 4.

„Hallo! Trifft man Sie endlich auch mal auf dieser Allerweltsgasse?" So rief ein kräftiger Herr, dessen rotes Gesicht ein langer, im Winde wehender Schnurrbart zierte, Henning entgegen, der um müßigen Schauen die Friedrichstraße Berlins entlang schlenderte.

Er erkannte den Rittmeister Bietendüwel, der ihm die breite, rostbraunem Handschuh steckende Hand entgegenstreckte.

„Sehr erfreut, Herr Rittmeister . . ."

„Halt, teurer Freund und Gönner," unterbrach ihn Bietendüwel mit einem rauhen Auflachen, „wenns schon ein Titel sein muß, so müssen Sie mich jetzt Major nennen."

„Gratuliere, Herr Major . . ."

„Der Deuwel hole den Major! Sehen Sie denn nicht meinen funkelnagelneuen Zylinderhut? Abgehalftert hat man mich und mir als Pflaster den Majorstitel aufgehängt — hols der Deuwel! Hatte ja die Schinderei selbst herzlich satt, aber hoffte doch, in dem blauen Rock zu sterben, und jetzt muß ich mit dem elenden Zylinderhut in die Grube fahren."

„Ich bedaure sehr, Herr Major . . ."

„Na, lassen wir das! Vielleicht gibts bald Krieg, und dann können sie einen alten Kriegsknecht wieder gebrauchen. Zum Kanonenfutter sind die alten Knochen ja noch gut genug. Doch wie gehts Ihnen? Ademiker, nicht wahr?"

„Ja, seit einigen Wochen."

„Na, wie gefällt es Ihnen, wieder die Schulbank drücken zu müssen? Waren ja immer ein verflucht gescheites Huhn, und die karmoisin-vergnügten Streifen an den Hosen sind wohl Ihr erstrebenswertes Ziel?"

„Das hat noch gute Wege, Herr Major," lachte Henning.

„Die paar Jahre laufen rasch herum. Wünsche Ihnen alles Gute. Doch wohin führt Ihr Weg?"

„Ich habe kein bestimmtes Ziel . . ."

„So kommen Sie mit mir. Ich lade Sie zu einer guten Pulle ein."

„Jetzt am Nachmittag schon, Herr Major?"

„Ein guter Tropfen schmeckt zu jeder Tageszeit. Und bei Habel gibts einen löschen. Kommen Sie nur."

Damit schob er die Hand vertraulich unter Hennings Arm und führte ihn nach den Weinstuben von Habel, Unter den Linden. Bald saßen Sie in einer behaglichen Ecke vor einer vortrefflichen Flasche Rheinwein.

„Wo ist denn eigentlich unser Freund, der Assessor, geblieben?" fragte der Major im Laufe des Gesprächs. „Habe ihn ganz aus den Augen verloren."

„Stuckenbrool ist als Regierungsrat zum Polizeipräsidium nach Berlin versetzt worden . . ."

„Alle Wetter! Das nenne ich eine Karriere! Na, zum Polizisten eignet sich der Assessor vorzüglich. Er hätte uns damals in Metz bald eine schöne Geschichte eingerührt, als mein Freund, der Hofrat Mohrmann, mich besuchte. Hols der Deuwel, das war eine verfluchte Schweinerei! Solch eine verrückte Idee! Wissen Sie übrigens, daß der Hofrat jetzt in Berlin lebt?"

„Keine Ahnung, Herr Major?"

„Ja, er wohnt am Kurfürstendamm, hochelegante Wohnung! Zahlt fünf tausend Mark Miete. Er kann sichs ja leisten. — Sie sollten ihn mal besuchen. Wir haben oft von Ihnen gesprochen. Soll ich Sie einführen?"

„Ich danke Ihnen. Wenn ich gewußt hätte, daß der Hofrat sich hier aufhielte, würde ich mir schon erlaubt haben, meine Aufwartung zu machen."

„Tun Sie es, lieber Freund, Sie werden da auf Ihre Rechnung kommen. Mohrmann macht ein großes Haus. Und Fräulein Mohrmann ist womöglich noch reizender geworden. Das Mädel hat sich kolossal herausgemacht. Sie hatten ja wohl ein bißchen tief in ihre schönen Augen geblickt?" setzte er mit verschmitztem Lächeln hinzu.

Henning errötete leicht. Jener Abend im Hotel l'Europe, der Abschied auf dem Bahnhof — das alles stand noch in lebhaften Farben in seiner Erinnerung. Und wenn auch die Zeit und die neuen Verhältnisse, in denen er sich jetzt befand, ihren Einfluß nicht verfehlt und diese Farben etwas verwischt hatten, so kehrte das Bild des anmutigen jungen Mädchens doch noch oft in einsamen, stillen Stunden in sein Gedächtnis zurück, und er gedachte ihrer mit leiser Wehmut, wie man an einen schönen, flüchtigen Traum denkt, der einmal in leuchtenden Farben durch unsere Seele gezogen ist.

(Fortsetzung folgt.)

en Rotstift,
Herr Finanzminister!

Der Reichsfinanzminister hat's sehr eilig. Er hat dem srat seine Steuergesetze zugehen lassen und gleichzeitig ten, daß bereits am 18. Juni diese Entwürfe vor dem stag zur Beratung kommen. Es ist zwar lobenswert, n Dr. Moldenhauer dafür eintritt, daß noch vor der merpause das schicksalsschwere Finanzkapitel verab- det wird, aber es ist doch andererseits höchst bedenklich, n man derart einschneidende Maßnahmen, die eine nie wesene Attacke auf die Börse des Steuerzahlers und lichen Bürgers bedeuten, im Hetztempo durchpeitschen Hier ist ein entschiedenes Halt geboten! So schnell s nicht, Herr Finanzminister! Schließlich haben die, die Loch im Säckel des Staates stopfen sollen, doch noch das t, ihre Vorschläge gebührend berücksichtigt zu sehen. Und Vorschläge sehen verflixt anders aus als die finanz- isterlichen.

Gestatten Sie, Herr Finanzminister, daß wir Bürger einmal nachdrücklichst Ihren Forderungen die unserigen nüberstellen. Wir sollen uns einschränken, sollen einen eblichen Prozentsatz unseres Ein- mens konfiszieren lassen und uns mit dem nken beruhigen, wir hätten dem Staat in der Not ein r gebracht —, denn das ist doch der Sinn des so- nnten „Notopfers". Weite Kreise der Bevölkerung sollen wieder einmal den Riemen enger ziehen und sich ein- nken. Und was tun Sie, Herr Reichsfinanzminister? n Sie denn nicht daran gedacht, daß Sie Ihrem „Volke" einige Opfer schuldig sind. Haben Sie sich nicht einmal Frage vorgelegt, ob es nicht an der Zeit und Ihres es wäre, den Steuerzahlern Beweise dafür zu geben, das Reich mit allen seinen Einrichtungen, Ministerien, örden und was da alles zugehört, mit gutem Bei- el vorangehen sollte? Den Bürgern wird Spar- eit gepredigt, ihnen wird von Ihnen, Herr Finanz- ster, zugemutet, daß sie sich einschränken sollen, da es eine eit sei. Dem Bürger gegenüber wird immer so gern den Worten Not, Opferpflicht, Interesse am Staats- n, und wie diese goldenen Worte alle lauteten, gespielt. wäre es, wenn wir einmal den Spieß umdrehten? Wir den gern sehen, daß uns die Stellen mit gutem Beispiel ngehen, die von uns unser sauer verdientes Geld ver- en. Also bitte, Herr Finanzminister, wo d Ihre Sparmaßnahmen? Das Reich ver- ngt unsere Milliarden, es fordert immer neue an, aber n" wird noch keine Sparmaßnahme vorgenommen. ießlich wollen wir unser Geld nicht weg in ein Faß ohne en werfen, dazu müssen wir es uns zu schwer verdienen. Es sieht ganz so aus, als fänden sich nirgends auf weiter Freunde für die Notopfer-Vorschläge des Finanz- isters. Zu den vielen Protesten und Ablehnungen etzt auch noch die der eigenen Partei des Fi- nzministers gekommen. Da hat Herr Moldenhauer einmal klar und deutlich vernommen, daß man von ihm chiedene Ausgabensenkungen erwartet, die viel ter zu bewerkstelligen und zu verantworten sind als die Schur der Steuerschäfchen. Vielleicht überlegt sich der nzminister das doch noch einmal. Er versucht sein Not- r damit zu begründen, daß er durch neue Steuern die italerträge nicht noch weiter schmälern wolle. Meint Moldenhauer, daß er dieser Gefahr durch das Notopfer eht? Wir glauben vielmehr, daß er sich gar nicht so den Kopf zu zerbrechen brauchte, sondern daß er besser Rotstift nähme und furchtlos auf der Ausgabenseite es riesigen Etats Abstriche macht. Was werden sich da Millionen und aber Millionen sparen lassen!

Warum muß sich das Herr Moldenhauer nun erst auch von dem ††† Reparationsagenten Parker Gilbert sagen n. Herr Gilbert hat gewiß nicht allzuviel Verständnis unsere Finanzgebarung aufgebracht, aber wenn er recht hat er recht. Und diesmal bestimmt! Ausgehend von auch von allen deutschen Beurteilern immer wieder in Vordergrund gestellten Leitgedanken, daß eine Einschrän- g der öffentlichen Ausgaben das grundlegende Haushalts- blem für die deutsche Regierung geworden ist, erklärt er Gilbert, daß immer wieder Ausgaben ohne vorherige ißheit der Deckung vorgenommen wurden, daß die chsregierung die Erkenntnis der notwendigen arsamkeit vermissen lasse, daß die immer er versprochenen Reformen, Finanzausgleich, Ver- ungsreform und Sanierung der Arbeitslosenunter- ung zu lange hinausgeschoben und auch jetzt nicht ent- ssen genug in Angriff genommen worden seien und daß sich mit Vorliebe hinter die Theorie der Zwangsläufig- der Ausgaben verschanze.

Das ist, auf wenige Sätze zusammengepreßt, der Sinn in dem Schlußbericht des Reparationsagenten nieder- gten Kritik. Ihre Leitgedanken decken sich, ohne dem end- scheidenden Reparationsagenten noch ein Lob nachrufen zu en, mit der Ablehnung, die aus so ziemlich allen politischen wirtschaftlichen Lagern Deutschlands selbst an dem Pro- mm des Reichsfinanzministers geübt worden ist und weiter t wird, unbekümmert darum, daß das Kabinett sich mit em Programm solidarisch erklärt hat. Noch ist's Zeit, r Finanzminister. Nur mutig zum Rotstift gegriffen.

Aus der Heimat

Baruth, den 18. Juni 1930.

In der gesamten katholischen Christenheit wird am nnerstag nach Trinitatis, der in diesem Jahr auf den Juni fällt, das Hochfest der Kirche gefeiert.

Die Entstehung dieses Kirchenfestes reicht bis ins Mittel- r zurück. Bischof Robert von Lüttich führte es 1246 in er Diözese ein, der Termin dafür wurde vom Archidiakon ob Pantaleon festgesetzt, der als Urban IV. den päpst- en Stuhl bestieg, und den gelehrten Dominikanermönch omas von Aquin beauftragt hat, das Offizium zu ver- en. Doch erst im Jahre 1311 wurde die Feier des Sakra- ntfestes auf dem Konzil von Vienne für alle Länder an- ommen. — Nach einer Urkunde des St. Gereonstiftes zu n aus dem Jahre 1267 fand dort die erste Fronleichnams- ession in Deutschland statt, die bald darauf auch von eren Kirchen eingeführt wurde und sich zu den glanz- ten Feierlichkeiten des Kirchenjahres gestaltete. Dem uge voran schritt die Geistlichkeit in vollem Ornat mit nstranz, Heiligenbildern und Bannern; daran schlossen die weltlichen Würdenträger, Vertreter der Stände und te sowie alle Schichten der Bevölkerung, und die Feier es Tages erhielt eine besondere Weihe durch die Dar- ung der Leidensgeschichte Christi auf öffentlichen Schau- nen. Dann, nachdem die kirchliche Feier beendet war, gten die Schützengilden vor das Rathaus zu ziehen, sie die Fronleichnamssalve abgaben; das war der Auf- zu einem allgemeinen Volksfest, bei dem bis spät in die t der Pfingsttrubel wieder auflebte.

Als Auftakt für die vom 22. bis 28. Juni stattfindende Roggenbrotwerbewoche, die von Brandenburg und Berlin über das ganze Reich ausgeht, wird Herr von Lochow-Petkus im Volkswirtschaftsfunk der Deutschen Welle einen Vortrag halten über „Roggenbau und Roggenverbrauch", und zwar am Freitag, den 20. Juni 1930, nachmittags 5.55 Uhr. — Unsere Leser weisen wir auf diesen Vortrag ganz besonders hin. Herrn v. Lochow-Petkus verdanken wir die großzügige Werbung, die z. Zt. für unsern deutschen Roggen gemacht wird. Der Verzehr unseres einheimischen Roggens, d. h. der Genuß deutschen Roggenbrotes liegt in unser aller Interesse. Je mehr deutsches Roggenbrot gegessen wird, desto weniger Geld geht für fremden Weizen ins Ausland. Darum nochmals die Mahnung: Eßt deutsches Roggenbrot!

Am kommenden Sonntag, dem 22. Juni, findet in dem schön gelegenen Buckow bei Dahme das 3. Sport- und Spielfest des 1. Bezirks des Südwestmärkischen Turngaues, welcher die Vereine aus den Städten Baruth, Dahme, Golßen und den umliegenden Landgemeinden umfaßt, statt. Aus dem reichhaltigen Programm sind die Faustballspiele der Männer, Jugend und Frauen um den Bezirksbesten, an denen über 12 Mannschaften teilnehmen, die Mehrkämpfe in allen Klassen und der Geländelauf „Rund um Buckow" über ca. 4 Klm., in dem die besten Langstreckenläufer des Bezirks an den Start gehen, zu erwähnen. Den Abschluß bildet ein Handballspiel zwischen der 1. Mannschaft des M.B.V. Hoffnung (Jüterbog) und einer Auswahlmannschaft des 1. Bezirks. Die Faustballspiele finden am Vormittag, alle übrigen Wettkämpfe am Nachmittag statt. — Der hiesige Turnverein fährt um acht Uhr vom Marktplatz mit Auto nach Buckow.

Zur Einweihung der Kreisschwimmanstalt bei der Jugendherberge „Hoher Golm" wollen wir noch folgendes berichten: In aller Stille ist in unmittelbarer Nähe der Jugendherberge dank der tatkräftigen Initiative des Leiters der Kreisverwaltung, Landrats Dr. Usinger, unter Aufwendung verhältnismäßig geringer Kosten eine Schwimmanstalt gebaut worden, deren Errichtung von den jugendlichen Wanderern und den weiteren Benutzern der Jugendherberge mit großer Freude begrüßt worden ist. Trotz der schwierigen Wasserverhältnisse ist das Werk gelungen. Der für die Herberge erbaute 96 Mtr. tiefe Brunnen speist auch das Becken der Schwimmanstalt. Die ganze Anlage macht einen überaus freundlichen Eindruck. An der Längsseite des 50 × 15 Meter großen Beckens befindet sich eine geräumige, zweigeteilte Ankleidehalle, unmittelbar daneben sind 3 Duschen angebracht; an der westlichen Seite steht der Sprungturm zwischen zwei Sprungbrettern. Das Becken ist durch eine Betonwand eingefaßt, rund herum ein breiter sandiger Strand künstlich hergerichtet. — Am vergangenen Sonntag fand die Einweihung der Schwimmanstalt statt, zu der die Kreisverwaltung eingeladen hatte. Der Einladung hatten viele Interessenten und Förderer der Jugendpflege gern Folge geleistet.

Seit Friedrich-Ludwig Jahn in der Hasenheide, am Rande Berlins, in Preußens Notzeit den ersten Turnplatz eröffnet hatte, waren auch in anderen Teilen des deutschen Vaterlandes Turnvereine entstanden, die aber keine Verbindung untereinander besaßen. Es bestanden wohl 300 Vereine, und es wurden am Mittelrhein, in Württemberg und in Sachsen Versammlungen und Turnfeste benachbarter Vereine veranstaltet. Es wurden auch Zeitschriften herausgegeben, die der Verbreitung und Vertiefung des turnerischen Gedankens dienten, aber es fehlte immer noch der Zusammenschluß zu einer großen Organisation. Endlich riefen zwei schwäbische Turnerführer im Jahre 1859 die deutschen Turner zu einem allgemeinen Turn- und Jugendfest zusammen, und der Herzog Ernst von Koburg lud die Turner in seine Hauptstadt ein. In den Pfingsttagen des Jahres 1860 am 17./18. Juni kamen tausend Turner in Koburg zusammen, und auf der Tagung wurde die Gründung der Deutschen Turnerschaft beschlossen. Das große Vaterland der Zukunft bildete die Grundlage der Gründung, und der Zukunft Deutschlands sollte die Sammlung aller Kräfte zur Einigung dienen. 70 Jahre hindurch ist die Deutsche Turnerschaft dem Wort des Turnvaters Jahn: „In der Turnkunst liegt ein Einigungsmittel, was die Unterschiede zwischen Glauben, Landschaft und Land hinweggeräumt" treu geblieben. Damals und heute ist die Deutsche Turnerschaft von dem Wunsch durchdrungen, zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß die Zersplitterung im deutschen Volke aufhöre.

In jeder Stadt und in fast jedem Dorf und im Ausland befindet sich ein Verein der Deutschen Turnerschaft. Ueber 12 000 Vereine haben über 1½ Millionen Turner und Turnerinnen um das Banner der Deutschen Turnerschaft gesammelt. Und die Führer der Deutschen Turnerschaft sind gewillt, getreu der Ueberlieferung von 70 Jahren und dem Erbe der Väter, ihrem Ziel nachzustreben, das, wie Jahn einmal gesagt hat, dahin geht: „Der Schlaffheit, der Faulheit, der Willenlosigkeit, dem Lebensunmut und dem Lebensüberdruß siegreich die Spitze zu bieten."

Vermischtes

Halbe. Am Sonntag morgen gegen ½4 Uhr stieß auf der Buchholzer Chaussee kurz hinter der Dahmebrücke ein Motorrad mit Beiwagen mit einem entgegenkommenden Pferdegespann zusammen. Der Anprall war so heftig, daß das Zuggeschirr in mehrere Teile zerrissen und die Motorradfahrer in weitem Bogen aufs Pflaster geworfen wurden. Beide Verunglückten, Herr Y. und Herr G. aus Halbe, mußten in ärztliche Behandlung in ihre Wohnung gebracht werden. Am schwersten scheint der Insasse des Beiwagens, Herr G., betroffen, bei dem eine schwere Gehirn-Erschütterung festgestellt wurde. Das Motorrad wurde zertrümmert. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Neuendorf b. Teupitz. Wie im vergangenen Jahre tritt auch jetzt wieder in der hiesigen Gemarkung eine Fuchsplage in beängstigendem Maße auf. Die Füchse schleichen sich bis an die Gehöfte heran und raubten dort Hühner, Küken, Enten und anderes Geflügel. An vielen Stellen wird schon ein größerer Schaden beklagt.

Buckow. Der Fuchs beim Friseur. Der Landwirt Loeper besitzt seit einiger Zeit einen Fuchs. Kürzlich nahm Reinicke Reißaus. Eine offenstehende Tür war das erste, was er erblickte. Durch dieses Loch hindurch gehts gewiß in die Jagdgründe, dachte wohl das Füchslein, und schon saß er im Friseurgeschäft. Der Haarkünstler war nicht wenig erstaunt, zumal der Fuchs sofort auf einen Sessel sprang und nicht herunterzubringen war, weil im Spiegel auch ein Fuchs zu sehen war. Zum Glück konnte der Chef die Tür schließen, das Füchslein war gefangen und wurde von seinem Besitzer wieder in Empfang genommen.

Luckau. Das am Sonnabend Nachmittag über unseren Ort niedergegangene Gewitter war von einem Wolkenbruch begleitet, der in knapp 2 Stunden die enorme Niederschlagsmenge von 78 Millimetern — das sind ebensoviele Liter auf den Quadratmeter — lieferte. Was eine so große in kurzer Zeit gefallene Regenmenge für unsere Gegend bedeutet, wird erst klar, wenn man die auf Grund langjähriger Beobachtungen für Luckau berechnete durchschnittliche Jahresmenge des Niederschlags zum Vergleich heranzieht. Diese beträgt rund 550 Millimeter. Demnach ist am Sonnabend in ganz kurzer Zeit der siebente Teil der regulären Jahresmenge gefallen.

Geheimrat Lück †. Der Begründer des höheren Schulwesens von Berlin-Steglitz und jahrzehntelanger Zweiter Vorsitzender des Vereins für das Humanistische Gymnasium, Geheimer Studienrat Dr. Robert Lück, ist Dienstag von jahrelangem Siechtum durch einen sanften Tod erlöst worden. Geboren im Juni 1851 in Mühlhofe (Westfalen), studierte er in Berlin klassische Philologie und war dann wissenschaftlicher Lehrer in Salzwedel, Brandenburg und Freienwalde. Ostern 1886 übernahm er die Leitung des Steglitzer Progymnasiums, das er bald zu einer Vollanstalt förderte, deren Namen in Preußen einen guten Klang bekam. Aus dieser von ihm 33 Jahre lang geleiteten Doppelanstalt gingen dann die anderen Steglitzer höheren Lehranstalten hervor, deren Entstehen und weitere Entwicklung er ständig förderte.

Verbrüht durch die Nachlässigkeit einer Pflegerin. Am 1. Juni wurde in der Landesirrenanstalt Teupitz in der Mark die 19jährige Internierte Klara Wand, eine harmlose Irre, die seit ihrem 7. Lebensjahre halbseitig gelähmt war, mitten in der Nacht aus ihrem Bett geholt und in eine Badewanne gesteckt. Die Pflegerin, die das unglückliche Mädchen zu betreuen hatte, ließ kochend heißes Wasser in die Wanne fließen und verließ dann, ohne sich um die Kranke zu kümmern, auf längere Zeit die Badestube. Als sie zurückkehrte, fand sie Klara Wand schreiend mit furchtbaren Verbrühungen halb besinnungslos in der Badewanne auf. In der folgenden Nacht erlag das Mädchen ihren schrecklichen Verletzungen. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt eine Untersuchung gegen die Pflegerin eingeleitet.

Feuer bei der Mitropa. Im Ausbesserungswerk der Mitropa in Falkensee bei Spandau brach ein Feuer aus. Der Brand, dessen Ursache noch nicht völlig geklärt ist, entstand in der Lackiererei. Das Feuer griff im Lagerraum, in dem sich Fette und Oele befanden, um sich und erfaßte dann auch zwei Speisewagen. Die beiden Speisewagen wurden erheblich beschädigt, ein Teil des Lagerraumes ist ausgebrannt, sonst aber ist der Schaden gering. Gefährlich war die Lage während der Löschaktion nur, als infolge des Brandes ein Gasrohr schadhaft wurde und eine Stichflamme den Wehrleuten entgegenschoß.

Das schwere Verkehrsunglück auf der Avus. Die Avus-Direktion erklärt über den Hergang des schweren Autounglücks auf der Avus folgendes: Der Wagen, ein zweisitziges Sport-Cabriolett mit zwei Notsitzen, wurde von dem Kaufmann Kurt Eisenstein aus Berlin gesteuert und befand sich auf dem Heimwege von einem Ausflug. Im Wagen befanden sich noch das Ehepaar Lesser und ein Herr Erich Wolf. In der Höhe des Forsthauses Grunewald hatte der Wagen eine Geschwindigkeit von ungefähr 90 Kilometer erreicht. Der Kaufmann Eisenstein muß nun nach Annahme der Sachverständigen das Steuerrad nicht mit der bei einer solchen Geschwindigkeit notwendigen Festigkeit angefaßt haben. Bei einer Unebenheit des Bodens sind die Räder sicher etwas beiseite geschlagen. Der Führer wollte anscheinend durch Gegensteuerung den Wagen wieder in die gerade Fahrbahn bringen, beging aber den Fehler, das Rad zu scharf in die entgegengesetzte Richtung zu drehen und gleichzeitig die Bremsen scharf anzuziehen. Der Wagen muß darauf ins Schleudern gekommen sein und hat sich dann dreimal seitlich überkugelt. Die Ehefrau Margot Lesser wurde so stark auf den Boden geschleudert, daß sie an einer Schädelverletzung innerhalb von wenigen Minuten verschied. Die anderen Insassen trugen ebenfalls erhebliche Verletzungen davon.

Ehetragödie. Auf den Rustwiesen bei Hakenfelde nahe Spandau gab der 32jährige Arbeiter Fritz Kühn auf seine 23 Jahre alte Ehefrau Hildegard und den Milchhändler Richard Hermann aus der Seeburger Straße 89 in Spandau mehrere Schüsse ab, durch die beide schwer verletzt wurden. Dann jagte sich Kühn eine Kugel in den Kopf und verletzte sich ebenfalls schwer. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich um ein Eifersuchtsdrama. Frau Kühn war bei dem Milchhändler H. beschäftigt.

Zwei Kinder beim Baden ertrunken. Zwei Geschwister, ein zehnjähriger Knabe und ein zwölfjähriges Mädchen aus Eilenburg, die in Döbern bei Verwandten zu Besuch weilten, badeten mit anderen Kindern in der Mulde abseits der Badeanstalt. Sie gerieten in einen Wirbel und ertranken.

Blutige Zusammenstöße in Glauchau. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in Glauchau kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Kommunist, der dabei einen Messerstich in die Lunge erhalten hatte, ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Selbstmord eines Dortmunder Ehepaares. Die Dortmunder Polizei erhielt aus Wolmirstaedt bei Magdeburg telephonisch die Nachricht, daß dort ein Brief eingegangen sei, in dem der 50jährige Zivilingenieur Gustav Haberland aus Dortmund mitteile, daß er mit seiner Frau aus dem Leben scheiden werde. Als sich die Polizei daraufhin in Dortmund in die Wohnung Haberlands begab, fand sie das Ehepaar tot im Schlafzimmer vor. Die Untersuchung ergab, daß Haberland schon am Sonnabend seine Frau durch einen Schuß in den Kopf getötet und dann sich ebenfalls durch einen Kopfschuß das Leben genommen hat. Der Grund zu der Tat ist in wirtschaftlicher Not zu suchen.

Die Lodzer Bankbeamten gerettet. Nach längeren Bemühungen gelang es, die von Einbrechern in den Tresoren der Lodzer Handelsbank eingesperrten Beamten zu befreien, die dem Erstickungstode nahe waren. Bei den Nachforschungen wurde festgestellt, daß der Bankdiener mit den Einbrechern in Verbindung stand und ihnen den Eintritt in die Bank ermöglichte.

Ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter vor Gericht. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele, gegen den ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebt, ist auf Anordnung des Berliner Untersuchungsrichters des Reichsgerichts diesem vorgeführt worden. Er ist nach kurzer Vernehmung entlassen worden. Der Reichstag hatte die Genehmigung zur Durchführung des Verfahrens und notfalls auch zur zwangsweisen Vorführung gegeben.

Das Urteil im Prozeß Ullstein gegen Ullstein. Der Vorsitzende der 17. Kammer für Handelssachen in Berlin verkündete in der Klage von Dr. Franz Ullstein gegen die Ullstein Aktiengesellschaft folgendes Urteil: Der Kläger wird mit seinem Anspruch auf Wiedereinstellung in seine vorherige Stellung aus aktienrechtlichen Gründen abgewiesen. Dagegen wird ihm sein Einkommen bis zum 31. März dieses Jahres zugesprochen. Er ist nämlich fristlos entlassen worden, und zu seiner Entlassung lagen keine Gründe vor, dagegen war es der Gesellschaft unbenommen, ihn mit sechswöchiger Frist zu kündigen. Die Kosten trägt zu 19 Zwanzigstel der Kläger, zu 1 Zwanzigstel die Beklagte.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Der wegen Ermordung eines Landwirts und Zerstückelung der Leiche zum Tode verurteilte Dienstknecht Joseph Heinrich aus Niederimmenbach bei Ulm wurde vom württembergischen Staatspräsidenten zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Revision im Rogalla-Prozeß eingelegt. Die im Prozeß gegen den Schnitter Rogalla zu Zuchthaus verurteilten Mitangeklagten Boguski, Kwabisch und Lawronowicz haben Revision beim Reichsgericht eingelegt. Auch der zum Tode verurteilte Rogalla hat Revision angemeldet.

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte eine Schriftleiterin der Roten Fahne, Eva Altmann in Berlin, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu neun Monaten Festungshaft. Die Angeklagte hat im November 1929 für die Rote Fahne als Schriftleiterin verantwortlich gezeichnet und trägt damit die strafrechtliche Verantwortung für dreizehn Artikel, in denen der politische Massenstreik propagiert wird.

Ostdeutsche Studententagung in Schneidemühl. Von Freitag voriger Woche bis zum Montag fand in Schneidemühl eine ostdeutsche Schulungstagung der Deutschen Studentenschaft statt, an der Studenten aus allen Teilen des Reiches sowie aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Italien und aus Deutsch-Südwestafrika teilnahmen. Der Präsident des Deutschen Schutzbundes, Dr. v. Loesch, sprach über den deutschen Osten, wobei er insbesondere betonte, daß das umstrittene Gebiet der Weichsel und um Posen herum bereits zur Zeit Christi Geburt von ostgermanischen Stämmen bevölkert war. Heute gelte es, so führte er aus, daran zu arbeiten, die Fehler und Mißstände, die durch die willkürlichen Bestimmungen des Friedensvertrages entstanden seien, zu beseitigen. Alle Minderheitenschutzverträge sowie der Völkerbund hätten in der Minderheitenfrage bisher restlos versagt. Einen zweiten Vortrag hielt Oberleutnant a. D. Moesberg über Ursachen deutscher Ostnot, die vor allen Dingen in der sinnlosen Grenzziehung und in der wirtschaftlichen Benachteiligung der Landwirtschaft zu suchen sei. Professor v. Sokolowski sprach über den deutschen Osten und das bolschewistische Rußland. Er wies darauf hin, daß besonders in den Randstaaten für Deutschland große Achtsamkeit geboten sei, um das Vordringen der russischen Elemente zu verhindern.

Der Anschlag auf den württembergischen Justizminister gesühnt. Das Stuttgarter Schwurgericht verurteilte den 45 Jahre alten Metzger und Händler Stängle wegen des Anschlags auf den württembergischen Justizminister Beyerle zu drei Jahren Gefängnis. Stängle hatte am Osterdienstag versucht, in einer Unterredung mit dem Justizminister eine Begnadigung seiner im Gefängnis sitzenden Frau zu erreichen. Als er keinen zusagenden Bescheid erhielt, war er mit offenem Taschenmesser auf den Minister eingedrungen und hatte ihn erheblich verletzt.

Zugzusammenstoß auf dem Brüsseler Hauptbahnhof. Auf dem Südbahnhof von Brüssel stieß ein Pariser Zug mit einem Güterzug zusammen. Ein Wagen wurde von der Güterzugmaschine vollständig aufgerissen. Der folgende Speisewagen wurde völlig umgerissen. Zehn Personen wurden verletzt, darunter eine schwer.

Reichswirtschaftsminister Dietrich wiederhergestellt. Der Reichswirtschaftsminister Dietrich, der vier Wochen lang krankheitshalber außerhalb Berlins in ärztlicher Behandlung war, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

Ein Antrag auf Anklage gegen den preußischen Ministerpräsidenten zurückgewiesen. Ein von der Fraktion der Wirtschaftspartei des Preußischen Landtages beschlossener Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten Braun wegen seiner kürzlich am Staatsgerichtshof geübten Kritik ist von dem Büro des Landtages wegen nicht genügender Unterstützung zurückgewiesen worden.

Der österreichische Handelsminister zurückgetreten. Der frühere Bundespräsident und jetzige Handelsminister Dr. Michael Hainisch, hat seine Demission eingereicht. Hainisch begründet seinen Beschluß mit der Tatsache, daß die Regierung gegen seine ausdrückliche Verwarnung das Handelsabkommen zum österreichisch-ungarischen Handelsvertrag unterfertigte, das eine schwere Benachteiligung des österreichischen Bauerntums darstelle.

Der „Familienfreund" liegt der heutigen Nummer bei.

Für den Magen ist das Beste gerade gut genug! Wenn Ihre Hausfrau delikate Suppen auf den Tisch bringen will, so nimmt sie die kochfertigen, aus erstklassigen Rohstoffen hergestellten Maggi-Suppenwürfel, die in einer Auswahl von 28 verschiedenen Sorten zur Verfügung stehen. Das sind wirkliche Helfer der Hausfrau. Ihre Kennzeichnung sind der Name Maggi und die typische rote Packung.

Bekanntmachung.

Gemeinschaftliche **Sitzung** der städtischen Körperschaften am Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, im Jugendheim.

Baruth, den 17. Juni 1930.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Oeffentliche Mahnung!

Die rückständigen **Steuern** sind bis zum **25. d. Mts.** in der Kämmereikasse zu entrichten.

Baruth, den 17. Juni 1930.

Der Magistrat.

Schützengilde Baruth

Am Sonntag, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet in Wünsdorf bei Kam. Hübner die **Generalversammlung** des Schützenbundes Baruth-Wünsdorf statt. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich. Abfahrt ½5 Uhr vom Bahnhof Baruth. — Von nachm. 2 Uhr ab findet das **Vergleichsschießen** zwischen Baruth u. Wünsdorf auf den Wünsdorfer Schießständen statt. Abfahrt der Schützen nachmittags 1 Uhr von Kamerad Beelow. **Der Vorstand**

Freiwillige Feuerwehr zu Baruth

Am **Freitag,** den **20.** d. Mts., abends 8 Uhr

Uebung,

anschließend **Versammlung** beim Kam. Richard Nitschke.

Lohse jr., Oberführer

Junge hochtragende

Kuh

verkauft

Schulstrasse 9

Achtung!

Gültig nur ganz kurze Zeit! Nie wiederkehrende Gelegenheit

3 Stck. Ia Frottier-Handtücher

(Wert Mk. 4.50)

vollständig umsonst

bei Bezug von Mk. 20.— unserer Webwaren und Wäsche-Artikel. Spottbill. Preise. Verl. Sie heute noch Preisliste franko.

Brüder Fickenscher

Webw.-Fabr. u. Vers.

Helmbrechts 91 (Ofr.)

Lies Inserate!

Anzeigen studieren heißt Geld sparen!

Zwangsversteigerung!

Am Sonnabend, d. 21. Juni d. Js., 13 Uhr, versteigere ich in **Schönefeld** (Pfandkammer Gasthaus Klär) öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung

1 fast neuen **Landauer,**
1 **Klavier**

Raspe
Vollziehungsbeamter

Junge

Brat- und Suppen-Hühner

Pfd. 0,95 Mk.

verkauft

Karl Kuhl

Prima

Salon-Briketts

treffen nächste Woche ein.

Bestellungen nimmt entgegen

Gustav Kaulitz

Circa 7 Morgen

Wiese

mit gutem Grasbestand wird Freitag, vorm. 7 Uhr, meistbietend verpachtet, evtl. Teilzahlung. Treffp. Nähe 2. Kiesgrube am Radeland-Baruther Wiesenweg.

Bernhard

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag von Krossen bis Zossen (Chaussee)

Foxterrier,

Rufnamen „Terri", abhanden gekommen. Kennzeichen haarlose Stellen an Kopf und Leib. Gute Belohnung, Pflegegeld. Näheres, auch sonstiger Verbleib, an die Expedition des „Goßener Stadtblatt" erbeten

Kuh mit oder ohne **Kalb**

verkauft

Kemlitz Nr. 9

Meine **Nachmittagssprechstunden** fallen bis auf weiteres aus.

Sprechstunden wochentags **nur** von 9—11 Uhr.

Dr. Spielhagen

Laden zu mieten gesucht

Wir suchen in Baruth einen Laden, wenn möglich mit Wohnraum. Ev. übernehmen wir Ladenausbau auf unsere Kosten. Angebote mit Angabe der Größe, Lage und des Mietspreises an

Hermann Meyer & Co., Aktiengesellschaft

Berlin N. 51, Wattstraße 11/12.

Lohnzettel sind zu haben in der **Buchdruckerei J. Särchen**

Der oberschlesische

Wanderer

Verlag: Gleiwitz / Gegründet 1828

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens Erfolgreichstes Anzeigenblatt

Für die uns anläßlich unserer

Vermählung

erwiesenen Aufmerksamkeiten u. Geschenke sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Paul Will u. Frau
Frida, geb. Richter

Baruth, den 17. Juni 1930.

In treuer Obhut

befinden Sie sich als Mitglied bei der

Kranken- u. Sterbekasse für das Deutsche Reich

Weshalb sind Sie noch nicht Mitglied? Weil Sie nicht wissen, welche umfangreiche Krankenhilfe seitens der Kasse geleistet wird. **Mitglied kann jeder werden!**

Arbeiter, Landleute, Angestellte, Beamte, Kaufleute, Handwerksmeister, kommen Sie alle zu der am

Sonnabend, den 21. Juni, abends 8½ Uhr im Hotel Beelow (Saal) stattfindenden

Werbe- und Vortragsversammlung

der Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich. **Referent aus Berlin.**

Verwaltungsstelle Baruth

In der

Kompaß-Bücherei

sind erschienen:

Das neue Arbeitsrecht, ein Handbuch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, von Friedrich Rosenkranz.
Geheftet 1.— RM., Porto 20 Pf.

Der Deutsche als Volksglied und Reichsbürger, eine Einführung in die Reichsverfassung, von August Müller-Fürth.
Geheftet 1.20 RM., Porto 20 Pf.

Der Rechtsbeistand des Erfinders von F. Lachmann. Das Werkchen ist dringend notwendig für den, der um den Erfolg seiner Erfindung nicht betrogen werden will.
Geheftet 1.— RM., Porto 20 Pf.

Grundlegendes Maschinenzeichnen von Wilhelm Lüdcke. Ein Buch zum Selbststudium sowie für Berufs- und Fachschulen.
Geheftet 1.50 RM., Porto 20 Pf.

Radio von Dipl.-Ing. W. Lehmann. Gemeinverständliches Lehrbuch der drahtlosen Telephonie für Funkfreunde und technische Lehranstalten.
Geheftet 2.— RM., Porto 20 Pf.
Gebunden 2,80 „ „ 30 „

Die Elektrizität. Ein Büchlein über die Hauptgebiete der Elektrizitätslehre (unter Berücksichtigung der Röntgenstrahlen und der drahtlosen Telegraphie) von Physiker Dr. Thiemann.
Geheftet 1.50 RM., Porto 20 Pf.
Gebunden 2.50 „ „ 30 „

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder durch

A. Klöppel, Eisleben
Glocken-Verlag
Schließfach 30